OceanCare

26.07.2024 – 07:10 Uhr

Wachsender Widerstand gegen Tiefseebergbau: OceanCare fordert Treffen der Meeresbodenbehörde auf, Umwelt und Klima an erste Stelle zu setzen

OceanCare ist weiterhin äußerst besorgt über die irreversiblen Schäden, die durch den Tiefseebergbau verursacht werden können, insbesondere durch die Lärmbelästigung unter Wasser. Die Meeresschutzorganisation fordert die Mitglieder der Internationale Meeresbodenbehörde (ISA) auf, bei ihrer anstehenden Versammlung in Kingston, Jamaika, sich aktiv und konstruktiv an der Diskussion über eine allgemeine Politik zum Schutz und für die Erhaltung der Meeresumwelt zu beteiligen.

PRESSEMITTEILUNG – 26.07.2024

Wachsender Widerstand gegen Tiefseebergbau: OceanCare fordert Treffen der Meeresbodenbehörde auf, Umwelt und Klima an erste Stelle zu setzen

- **Die Mitgliedstaaten der Internationalen Meeresbodenbehörde (ISA), welche die Aktivitäten im Zusammenhang mit mineralischen Ressourcen am Meeresboden organisiert und kontrolliert, treffen sich vom 29. Juli bis 2. August zur ISA-Versammlung in Kingston, Jamaika.**
- **OceanCare ist äusserst besorgt über die irreversiblen Schäden, die der Tiefseebergbau verursachen kann, insbesondere in Bezug auf Unterwasserlärmverschmutzung.**
- **Bislang unterstützen 27 Staaten die Forderung von Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Finanzwelt und Zivilgesellschaft nach einem Moratorium, einer vorsorglichen Pause oder einem Verbot des Tiefseebergbaus.**

Seit dem 15. Juli führt der ISA-Rat auf der Tagung der Meeresbodenbehörde in Kingston, Jamaika, die Diskussion über die umstrittene mögliche Praxis des Tiefseebergbaus fort. Heute endet das Treffen des Rates. Nun richtet sich die Aufmerksamkeit auf die vielbeachtete ISA-Versammlung, die vom 29. Juli bis 2. August tagt. Die Versammlung ist das oberste Gremium der Meeresbodenbehörde. Ihr gehören alle 168 Vertragsstaaten (und die Europäische Union) des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) an.

OceanCare ist weiterhin äusserst besorgt über die irreversiblen Schäden, die der Tiefseebergbau verursachen kann, insbesondere in Bezug auf die Lärmbelastung unter Wasser. Lärm stört die lebenswichtige akustische Kommunikation, das Verhalten und die Orientierung der Meeresbewohner.

Es gibt noch kaum wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, was der Planet verlieren würde, sollte der Tiefseebergbau genehmigt werden. Den Regierungen fehlen wissenschaftliche Informationen, um verantwortungsvoll fundierte Entscheidungen in Bezug auf diese spekulative Rohstoffgewinnung treffen zu können. Führende Wissenschaftler:innen warnen bereits davor, dass ein Verlust der biologischen Vielfalt unvermeidlich, umfangreich und höchstwahrscheinlich irreversibel sein könnte.

Johannes-Alexander Müller, Ocean Policy Expert bei OceanCare, kommentiert:

"Die ISA-Mitgliedstaaten sollten keine übereilten Entscheidungen treffen, wenn es um die Zukunft eines der empfindlichsten Ökosysteme der Welt geht. Neben potenziell äußerst zerstörerischen Umweltauswirkungen könnte der Tiefseebergbau inmitten einer globalen Klimakrise auch eine der wichtigsten Kohlenstoffsenken des Planeten zerstören. Auf der bevorstehenden Tagung der ISA-Versammlung sollten sich die Mitgliedstaaten an der Diskussion über eine allgemeine Politik zum Schutz und für die Erhaltung der Meeresumwelt beteiligen und diese aktiv unterstützen. Diese Debatte ist längst überfällig und stellt eine einmalige Gelegenheit dar, auf ein Moratorium für den Tiefseebergbau hinzuarbeiten. Die Versammlung sollte für die kommenden vier Jahre auch eine:n Generalsekretär:in wählen, welche:r einen vorsorglichen Ansatz unterstützt und der bzw. die bei der ISA das Wohl der gesamten Menschheit und die Gesundheit der Ozeane ins Zentrum stellt."

Der internationale Widerstand gegen den Tiefseebergbau nimmt zu: Parlamentarier:innen aus aller Welt, indigene und zivilgesellschaftliche Gruppen, Großunternehmen und Finanzinstitute sowie über 750 wissenschaftliche und politische Expert:innen aus mehr als 44 Ländern haben sich für einen vorsorglichen Ansatz ausgesprochen. Derzeit haben die Regierungen von 27 Staaten ihre Unterstützung für ein Moratorium, eine vorsorgliche Pause oder ein Verbot angekündigt.

Das Abkommen zum Schutz wandernder wildlebender Tierarten (CMS), dem derzeit 133 Vertragsparteien angehören, hat sich diesen Forderungen angeschlossen und Anfang des Jahres eine Resolution verabschiedet. Diese fordert die CMS-Vertragsparteien dazu auf, vorerst keinen Tiefseebergbau zu betreiben oder zu unterstützen, bis ausreichend solide wissenschaftliche Informationen vorliegen, die sicherstellen, dass der Tiefseebergbau keine negativen Auswirkungen auf wandernde Meeresarten, deren Beutetiere und marine Ökosysteme hat. Auch der Internationale Seegerichtshof (ISGH) hat kürzlich in seinem Gutachten zum Klimawandel die Notwendigkeit der Anwendung des Vorsorgeprinzips sowie des Ökosystemansatzes bekräftigt.

Mit der kürzlich lancierten internationalen Petition Because Our Planet Is Blue fordert OceanCare ein weltweites Moratorium für den Tiefseebergbau, das solange aufrechterhalten wird, bis ein umfassendes wissenschaftliches Verständnis der Tiefseeökosysteme vorliegt, und belegt, dass die Umwelt vor gefährlichen Auswirkungen geschützt und Schäden an der Flora und

Fauna der Tiefsee verhindert werden können. Die Staaten sollen den Tiefseebergbau in ihren nationalen Gewässern nicht genehmigen und mit Investitionen das Recycling von Mineralien fördern, die im Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft nachweislich eine Schlüsselrolle spielen. Anstatt den Ozean zu plündern, müssen Entscheide gefällt werden, die neue Technologien fördern, welche weniger kritische Mineralien verwenden, die Lebensdauer von Produkten und Materialien verlängern und die Produktnachfrage reduzieren.

ENDE

Medienkontakt

- Dániel Fehér, Leiter Strategische Kommunikation OceanCare: +49 176 81434026; dfeher@oceancare.org

Publikationen

- OceanCare-Bericht (2021): Deep-Sea Mining: A noisy affair
- OceanCare-Medienmitteilung (17.2.2024): UN-Gremium warnt vor ökologischen Risiken des Tiefseebergbaus
- Abkommen zum Schutz wandernder wildlebender Tierarten (CMS), Resolution 14.6 (17.2.2024): Deep-seabed mineral exploitation activities and migratory species
- OceanCare-Medienmitteilung (21.5.2024): Internationaler Seegerichtshof: Staaten müssen für intakte Meereslebensräume sorgen
- Internationaler Seegerichtshof (21.5.2024): Advisory Opinion on Climate Change
- OceanCare-Petition: Because Our Planet Is Blue

Bildmaterial

- Deep Sea Conservation Coalition: Infografik – Länder, die Tiefseebergbau ablehnen (Englisch)

Über OceanCare

OceanCare setzt sich seit 1989 weltweit für die Meerestiere und Ozeane ein. Mit Forschungs- und Schutzprojekten, Umweltbildungskampagnen sowie intensivem Einsatz in internationalen Gremien unternimmt die Organisation konkrete Schritte zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Weltmeeren. OceanCare ist vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als Sonderberaterin für den Meeresschutz anerkannt und ist offizielle Partnerorganisation in zahlreichen UN-Abkommen und internationalen Konventionen. OceanCare engagiert sich zudem in internationalen zivilgesellschaftlichen Bündnissen wie der High Seas Alliance, Seas at Risk, oder der #BreakFreeFromPlastic-Koalition. www.oceancare.org

--

OceanCare
Dániel Fehér, Pressesprecher
Gerbestrasse 6, PF 372
CH-8820 Wädenswil
+49 176 81434026
dfeher@oceancare.org
www.oceancare.org

Diese Meldung kann unter https://www.presseportal.ch/de/pm/100000082/100921794 abgerufen werden.